

Keine geschlossene Unterbringung für junge Menschen im Rahmen der Jugendhilfe

Einer unserer langjährigen Mitsstreiter in Bremen, Dipl.-Kriminologe/Dipl.-Sozialpädagoge Olaf Emig, hat die Petition "Keine geschlossene Unterbringung für junge Menschen im Rahmen der Jugendhilfe" (Text ganz unten) am 23. März 2015 online gestellt. Sie kann unter diesem LINK 6 Wochen lang mitgezeichnet werden.

https://petition.bremische-buergerschaft.de/index.php?n=petitionsdetails&s=1&c=date_insert&d=DESC&b=0&l=10&searchstring=&pID=1938

Hintergrund:

GU (Geschlossene Unterbringung)-Kooperation zwischen Hamburg und Bremen ? Das grenzt langsam an absurdes Theater. Am 20.3.2015 konnten wir im Weserkurier lesen, http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadtreport_artikel,-Rot-Gruen-streitet-ueber-Problemfluechtlinge-arid,1083888.html dass sich in Bremen [glücklicherweise, d.V.] kein Träger findet, der bereit wäre, die von SPD-Bürgermeister Böhrnsen geforderte GU direkt an der JVA mit auffälligen jungen Geflüchteten ohne Eltern zu betreiben. Nun seien die Räume (sprich Zäune) fertig umgebaut, nur der Träger fehle. DER SOLL NUN VON HAMBURG GELIEFERT WERDEN ? Jetzt „importiert“ die Bremer SPD von der Hamburger SPD eine neugegründete „PTJ GmbH, Pädagogisch Therapeutische Jugendhilfe“, die in Hamburg keine Räume für GU findet und nun in Bremen im Jugendhilferahmen Minderjährige mit Freiheitsentziehung bei der JVA „beglücken“ soll ? Ein makabres Spiel, bei dem nach jahrezehntelangem Scheitern der GU und ihrer erfolgreichen (fast)Abschaffung Ende der 1980er Jahre ganz nebenbei ein Klima neuerlichen polizeilichen „Fürsorge“denkens reaktiviert werden soll. Die Hamburger PTJ soll nach dem Willen der Hamburger SPD dann für alle auffälligen Jugendlichen Anwendung finden. Gut, dass es die Bewegung gegen die GU in Hamburg und Bremen gibt und die allermeisten Träger auch nicht bereit sind, solch (hinter modernen Anglizismen: „Time-Out“, „Token-Systeme“ u.a. kaschierte) repressive schwarze Pädagogik mitzumachen.

Angaben zum Petitions-Verfasser Olaf Emig:

- Dipl.-Kriminologe/Dipl.-Sozialpädagoge
- Langjährige Tätigkeit als Redakteur der Fachzeitschrift „Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe“(ZJJ) Hrsg.: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen
- Lehrbeauftragter an Hochschulen für Kriminologie und Sozialarbeitswissenschaften
- Autor zahlreicher Aufsätze und Buchartikel zum Thema Freiheitsentzug von Jugendlichen
- Langjährige Tätigkeit als Koordinator zur Vermeidung von Untersuchungshaft und Jugendarrest gegen Jugendliche in Bremen
- Langjähriges Kuratoriumsmitglied des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband Bremen
- Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bremer Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Untersuchungsausschuss „Kindeswohl“ 2006/2007

Text der Petition:

"Die Unterzeichner (im Folgenden „wir“) fordern von der Bremer Bürgerschaft, sie möge ihre zuletzt mehrheitlich befürwortende Haltung zur Geschlossenen Unterbringung (GU) von jungen Menschen im Rahmen der Jugendhilfe aufheben. Wir fordern den Senat auf, die Schaffung einer Geschlossenen Einrichtung zu stoppen.

Im Einklang mit den Stellungnahmen der Bremer Flüchtlingsgruppen, Pro Asyl, der Bremer Hoppenbank e.V, dem Kriminalpolitischen Arbeitskreis Bremen, der Bremer Wohlfahrtsverbände, namhafter JuristInnen, KriminologInnen und SozialwissenschaftlerInnen wird die GU von minderjährigen Jugendlichen abgelehnt, zumal das Subsidiaritätsprinzip des Vorrangs der mildereren Intervention nicht eingehalten worden ist.

Seit Monaten berichten die Medien in Bremen über Probleme und Schwierigkeiten einzelner Kinder und Jugendlicher, die alleinstehend und unbegleitet als minderjährige Flüchtlinge nach Bremen gekommen sind. Ohne Zweifel machen und vor allem haben diese Jugendlichen Probleme, die das Jugendhilfesystem in Bremen herausfordern. Aber die Art und Weise der Berichterstattung ist problematisch, da ohne Hintergrunddarstellung des ökonomisch und strukturell defizitären aufgestellten Jugendhilfesystems eine vorurteilsfreie Einschätzung nicht möglich ist.

Das Bremer Jugendhilfesystem ist völlig überlastet und nur noch bedingt handlungsfähig. Dies gilt in besonderer Weise für das stationäre Hilfesystem, welches seit Jahren schon nicht mehr in der Lage ist, Bremer Kinder und Jugendliche in einem heimatnahen Setting im Rahmen der Inobhutnahme zu versorgen. Durch die steigende Anzahl junger Flüchtlinge hat sich die ohnehin schon bestehende Überlastung noch zugespitzt. Junge Flüchtlinge, die durch Bürgerkrieg, Gewalt oder Armut gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen und damit auch alle sozialen Bezüge verloren haben, bedürfen unserer Hilfe und Solidarität.

Eine Unterbringung in zweifelhaften Hotels, in jugendgefährdenden Sammelunterkünften (ZAST) für Erwachsene, die Ignoranz gegenüber vorgeschriebenen Jugendhilfestandards sowie die Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention finden wir nicht vertretbar.

Der Einzug der Jugendhilfe auf dem Gelände und in den Räumlichkeiten einer Justizvollzugsanstalt für Erwachsene widerspricht nicht nur dem Trennungsgebot von Jugendlichen und Erwachsenen, sondern stellt auch einen Tabubruch hinsichtlich einer integrativ ausgerichteten Pädagogik dar.

Von den politisch Verantwortlichen wird negiert, welche ernüchternden Erfahrungen mit der GU in Bremen ("Ellener Hof", "Isenbergheim" Kornstr.) und anderswo wie z.B. in Hamburg bis in die jüngste Zeit gemacht worden sind. Die GU in der Feuerbergstr. in Hamburg, sowie die später vom Hamburger Jugendamt belegte GU in der GmbH „Haasenburg“. Beide Einrichtungen mussten nach relativ kurzer Betriebsdauer geschlossen werden. Allein gegen die Betreiber der „Haasenburg“ liegen zurzeit 52 Strafanzeigen u.a. wg. Körperverletzung, Nötigung, etc. vor.

Die im Februar vom Senat angekündigte GU soll ausschließlich auf geflüchtete Jugendliche zugeschnitten sein, quasi als Sonderjugendhilfeeinrichtung die nach ethnischer Herkunft sortiert statt nach individuellem pädagogischen Bedarf. Sie isoliert Jugendliche mit ähnlichen Problemen, so dass sie sich gegenseitig eher aufstacheln als andere Impulse zu bekommen; bestehende Problematiken verstärken sich dadurch eher, als dass sie abnehmen. Unbequeme Jugendliche aus der Öffentlichkeit zu entfernen, mag höchstens dem Sicherheitsbedürfnis mancher BürgerInnen dienen - doch für immer Einschließen kann auch diese so genannte „intensivpädagogische Einrichtung Plus“ oder ein Gericht sie nicht. Das Kindeswohl, langfristige pädagogische Maßnahmen und die auskömmliche Ausstattung der stationären Jugendhilfe in Bremen werden also dem kurzfristigen Sicherheitsbedürfnis untergeordnet.

Wir fordern die Bremische Bürgerschaft auf, geflüchteten jungen Menschen eine an den fachlichen Erfordernissen orientierte und integrative Jugendhilfe anzubieten.

Bremen bietet eine sehr differenzierte Jugendhilfelandchaft und es wäre ein gutes Signal über Bremen hinaus, eine Willkommens- und Kompetenzkultur für junge Flüchtlinge zu entwickeln und anzubieten, statt mit kontraproduktiven Freiheitsentzugsmaßnahmen wie der Geschlossenen Unterbringung von minderjährigen Jugendlichen zu reagieren."